

„Wir müssen auch mal Nein sagen können“

Förderverein will Bulli für Feuerwehrjugend kaufen / Stadt soll Steuern und Versicherung übernehmen

Gelldorf (rnk). Der Ortsrat stimmte zu, der Finanzausschuss verschob die Entscheidung in den Jugendausschuss: Der Förderverein der Feuerwehr Gelldorf will einen Bulli anschaffen, damit die Jugendlichen besser üben können. Dafür soll die Stadt Obernkirchen die Steuern und die Versicherung in Höhe von 1500 Euro für das Fahrzeug übernehmen.

Mit der Entscheidung taten sich die Mitglieder des Finanzausschusses sichtlich schwer. Bürgermeister Horst Sassenberg sprach denn auch davon, dass er „hier mal den schwierigen Part übernehmen will“. Natürlich habe der Ortsrat dem Antrag zugestimmt, schließlich „will er seine Klientel nicht vergraulen“, doch man müsse doch die Gesamtkonzeption betrachten: „Liebe, liebe Leute, ich weiß, das fällt schwer, aber wir müssen auch mal Nein sagen können.“ Man dürfe mit der Bewilligung des Antrages kein „neues Fass aufmachen“, ganz abgesehen von der Kommunalaufsicht, die sich fragen werde, ob die in Obernkirchen „noch ganz dicht“ seien, wenn sie von einem positiven Votum hören würden, schlug Sassenberg deutliche Töne an.

In dem über die SPD-Fraktion des Gelldorfer Orsrates gestellten Antrag hatte Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz Zuschlag darauf hingewiesen, dass alle anderen Kosten wie Kraftstoff, Wartung und Reparatur vom Förderverein und der Feuerwehr getragen werden würden. Und hatte vorgerechnet, dass durch die Beschaffung eines eigenen Fahrzeuges in Zukunft die für den Rettungsdienst vorgesehenen Fahrzeuge wesentlich weniger bewegt und geschont würden. Auch eine Kosteneinsparung für Benzin, Wartung und Verschleiß lasse sich so erzielen.

Den groben Tenor hatte die Verwaltung schon in ihrer Beschlussvorlage vorgegeben. Aus Sicht des Rathauses sei die Arbeit eines Fördervereines zugunsten der Jugendfeuerwehr durchaus zu begrüßen. Allerdings müsse mit Blick auf die Haushaltssituation aber auch darauf verwiesen werden, dass „hier möglicherweise ein Präzedenzfall geschaffen wird, der entsprechende Nachfolgeanträge nach sich ziehen kann“. Außerdem stelle sich die Frage, so Stadtdirektor Wilhelm Mevert, inwieweit die fortlaufende Kostenübernahme für ein derartiges Fahrzeug nicht in den Bereich der freiwilligen Leistungen falle und dieses daher vor dem Hintergrund der fortlaufenden Haushaltskonsolidierung nicht abgelehnt werden müsse.